



Rede zum Haushalt 2022

Liebe Zuhörerinnen und Zuhörer,

im März beschloss der Rat einstimmig den Haushalt zu konsolidieren. Dies geschah vor dem Hintergrund, dass ein „Weiter so“ schon bald die Aufstellung eines Haushaltssicherungskonzeptes erforderlich gemacht hätte. In diesem Fall stünden wir fest unter der Knute des Kreises als Aufsichtsbehörde, was einer Teilentmündigung des Rates gleichkäme. Bei der im Juni gefassten Eckwertebeschluss war von Anfang an klar, dass dieser nicht in Stein gemeißelt ist, sondern eine ggf. andere Haushaltslage unsere Handlungsspielräume entweder erweitert oder verengt.

So stellt sich jetzt – ein Dreivierteljahr später – die Situation etwas differenzierter dar. Die Ausgleichrücklage ist nicht - wie erwartet - in 2020 und 2021 massiv geschrumpft, sondern verbessert sich auf 20.1 Mio € und kann damit ein kräftiges Plus verzeichnen. Bei den Gewerbesteureinnahmen geht die Kämmerin in den nächsten Jahren von deutlichen Zuwächsen aus. Hier ist aber mehr möglich. So stehen wir mit unserem Gewerbesteuerhebesatz von 400 Punkten auf Rang 381 der insgesamt 396 NRW-Kommunen. In Zeiten, in denen wir den Bürgerinnen und Bürgern einiges zumuten, ist die leichte Anhebung auf den fiktiven Hebesatz des Landes – derzeit 414 Prozent - mehr denn je vertretbar und fair. So profitiert gerade auch das örtliche Gewerbe von einer guten städtischen Infrastruktur.

Schaut man auf die Mehrjahresfinanzplanung so besteht nur eine geringe Gefahr, dass wir in zwei nacheinander folgenden Jahren mehr als 5 % unserer Allgemeinen Rücklage aufbrauchen und damit ein Haushaltssicherungskonzept erforderlich machen.

Und die Schaffung von 37 neuen, von der Verwaltung beantragten Stellen allein im nächsten Jahr zeigt, dass wir uns nicht am finanzpolitischen Limit befinden.

Aber es gibt auch Risiken. Ohne eine erfolgreiche Digitalisierung sind die eingerechneten Einsparungen im Personalhaushalt nicht realisierbar. Und das Austrocknen der Steueroase Monheim durch Rückführung von Firmen des Bayer-Konzerns nach Leverkusen könnte unsere Kreisumlage in die Höhe schnellen lassen. Für uns bedeutet das: für finanzpolitischen Übermut ist kein Raum, politisch

zu gestalten und dafür auch Geld in die Hand zu nehmen ist dennoch möglich und aus unserer Sicht auch geboten.

So haben wir zum Haushalt 2022 schwerpunktmäßig zusätzliche Maßnahmen im Bereich Umwelt- und Klimaschutz sowie Klimaanpassung beantragt: Förderung der Dach- und Fassadenbegrünung, Ausbau von Beratungsangeboten im Bereich Bauen, Energie, Grünplanung, Schaffung eines Springbrunnens in der Innenstadt, Anlegung von Blühwiesen – darunter Projekte, die das Leben in der Stadt bei den zu erwartenden Hitzeperioden erträglicher machen.

Den städt. Mitarbeiter*innen wollten wir E-Bikes als Dienstfahrzeuge zur Verfügung stellen, auch damit die Stadt ihrer Vorbildfunktion gerecht wird und sich öffentlich sichtbar zur Verkehrswende bekennt. Viele Beschäftigte würden gerne auf ein Dienstrad umsteigen – das ergab eine verwaltungsinterne Umfrage.

Die meisten unserer Vorschläge betreffen kleinere Maßnahmen mit einer deutlichen Signalwirkung.

Aber ein aus unserer Sicht zu enges, unflexibles Verständnis von Haushaltskonsolidierung, das vorhandene Spielräume der Politik nicht nutzt, führt nun dazu, dass im nächsten Jahr in Hilden vermutlich nur wenig in Sachen Klimaschutz und –anpassung passieren wird – und das obwohl ein breiter politischer und gesellschaftlicher Konsens darüber besteht, dass die Erderwärmung als die zentrale Herausforderung unserer Zeit keinen Aufschub sinnvoller Gegenmaßnahmen duldet.

Immer wieder gehen wir in der Klima- und Verkehrspolitik zwei Schritte vor und einen zurück. So kommen wir nur langsam, zu langsam voran.

Erstes Beispiel: Lange wurde von Rat und Verwaltung die Errichtung von Photovoltaikanlagen als kostspielige Symbolpolitik abgetan. Dann schien es, dass endlich auch die wirtschaftlichen Vorteile der Sonnenenergienutzung erkannt wurden. So beschloss der Rat PV-Anlagen für die Grundschule Walderstraße und das Funktionsgebäude Weidenweg. Auch stehen in der mittelfristigen Finanzplanung nunmehr jährlich 100 tsd € für Solarmodule zur Verfügung. Doch für den Gärtnerhof war die Installation einer PV-Anlage wieder nicht vorgesehen. Dabei müsste es mittlerweile selbstverständlich sein, dass auf allen städtischen Neubauten Photovoltaikanlagen errichtet werden!

Zweites Beispiel: Fahrradstraßen wurden erfreulicherweise eingerichtet, aber das bereitwillige Einknicken der Ratsmehrheit vor Anwohnerbeschwerden unterläuft deren Funktion und Attraktivität. Eine ähnliche Gefahr sehen wir schon jetzt für das in Aufstellung befindliche Mobilitätskonzept. Hier muss allen klar sein, dass ein ernst gemeintes Umdenken in der Verkehrspolitik zwangsläufig mit einer Neuordnung des Straßenraums verbunden ist. Mit Protesten von Autofahren, die auf langjährige Privilegien verzichten müssen, ist deshalb zu rechnen. Hier immer wieder nachzugeben stellt die Verkehrswende in Hilden und den Nutzen des teuren Konzeptes grundsätzlich in Frage.

Wir hoffen, dass die neue Bundesregierung in all diesen Punkten ein deutlich höheres Tempo vorgibt. Natürlich muss der Bund die Städte im Gegenzug mit umfangreichen staatlichen Förderprogrammen unterstützen.

Im Rahmen der Haushaltskonsolidierung stand der Kinder-, Jugend und Sozialbereich aufgrund des hohen Anteils an freiwilligen Leistungen besonders im Visier. Positiv hervorzuheben ist die konsensorientierte Teamarbeit von Rat und Verwaltung bei der Neukonzeptionierung von OGS und VGS. Wir tragen die Ergebnisse im Grundsatz mit, forderten jedoch eine elternfreundlichere Stafflung der Gebühren gerade auch hinsichtlich der Geschwisterkinder sowie die Ausweitung der personellen Ausstattung auf mindestens eine halbe SozialpädagogInnen-Stelle pro Schule und scheiterten damit.

Wir wollten die „Frühen Hilfen“ finanziell aufstocken, weil eine gute Begleitung vom ersten Tag an so entscheidend für den weiteren Lebensweg ist. Unser Antrag wurde aufgrund eines ins Gegenteil verdrehten Verständnisses von

Haushaltskonsolidierung abgelehnt – hier zu sparen bedeutet im Extremfall, die Grundlage teurer Heimunterbringungen von Systemsprengern zu schaffen.

Als Folge des Spardrucks schlug das Dezernat III umfangreiche Umstrukturierungen vor, die den Abenteuerspielplatz, das Area 51, die Campus OT und den Bürgertreff Lortzingstraße betreffen. Sie sind aus unserer Sicht konzeptionell nicht ausgereift genug und lassen viele Fragen offen. So besteht beim Area die Gefahr, dass nach Schließung der „Offenen Tür“ leer stehende und damit teure Räumlichkeiten entstehen.

Wenig Sinn macht zudem ein überstürzter Trägerwechsel beim Abenteuerspielplatz. Hier sollte dem neuen Vorstand der Freizeitgemeinschaft die Chance geboten werden, schlüssige, wirtschaftlich transparente Konzepte für ihre Arbeitsfelder vorzulegen. Darin sind natürlich die von der Stadt noch zu formulierenden Erwartungen hinsichtlich der Inklusionsangebote zu berücksichtigen.

An dieser Stelle sei folgender Hinweis zum Weiterbildungszentrum samt Nebengebäuden gestattet: hohe Staffelmieten mit einer jährlichen Steigerungsrate von 4% setzen Freizeitgemeinschaft und VHS als externe Mieter massiv unter finanziellen Druck. Ein zu Beginn des Jahrtausends entwickeltes Finanzierungs- und Mietkonzept lässt beide Einrichtungen aber auch jeden anderen potentiellen Nutzer per se einfach „teuer“ aussehen. Dies sollte bei jeder Kostenkritik berücksichtigt werden.

Jetzt zum Highlight des Jahres - den Rückkauf der letzten Anteile der Stadtwerke Düsseldorf an unserem Stadtwerk! Als strikter Gegner des Verkaufs waren und sind wir der Auffassung, dass die Interessen der Stadt Hilden und der Stadtwerke Düsseldorf naturgemäß nicht immer deckungsgleich sein können und deshalb Potentiale der SWH für unsere Stadt nicht genutzt wurden. Eine punktuelle Zusammenarbeit oder auch strategische Partnerschaft mit anderen Energiedienstleistern wäre aus unserer Sicht auch ohne Anteilsverkäufe möglich gewesen. Unser Energieversorger rückt jetzt wieder ganz nahe an die Stadt heran und kann uns nun – so unsere Erwartung - bei Klimaschutz- und –anpassung, Energie- und Verkehrswende sowie Digitalisierung mit ganzer Kraft unterstützen. Mit dem Rückkauf der Anteile sind erhebliche strukturelle Veränderungen des Stadtkonzerns verbunden; aber auch in vielen anderen Bereichen der

Stadtverwaltung – Umwelt und Klima, Digitalisierung, Finanzen, etc. – stehen Erneuerungsprozesse an, deren Auswirkungen für uns alle nur bedingt absehbar sind und die gerade bei städt. Mitarbeiterinnen und Mitarbeiter ein gewisses Unbehagen, vielleicht sogar Ängste auslösen können. Uns Grünen ist bewusst, dass wir – und damit meine ich Rat und Verwaltung - in Zeiten des Umbruchs mit all den großen Herausforderungen neue Wege einschlagen müssen, damit unsere Stadt weiterhin die Bezeichnung „liebens- und lebenswert“ verdient. Gleichwohl müssen wir den MitarbeiterInnen Sicherheit bieten, ihnen Wertschätzung entgegen bringen und auch ihre individuelle Leistungsfähigkeit berücksichtigen. Und natürlich müssen wir erfindungsreicher und flexibler werden, wenn es darum geht Personal zu binden und zu gewinnen. Nur so werden wir ein attraktiver Arbeitgeber, nur so können wir es schaffen!

Der Haushalt 2022 orientiert sich fast ausschließlich an den Vorstellungen der Verwaltung, die die über viele Jahre intern gewachsenen strukturellen und personellen Probleme angehen möchte. Leider werden dabei wichtige Arbeitsfelder - vorneweg Klimaschutz und –anpassung - vernachlässigt und dazu anstehende Entscheidungen auf kommende Jahre verschoben. Wir stimmen dem Haushalt nicht zuletzt in der Hoffnung zu, dass im nächsten Jahr bei den Fraktionen eine höhere Bereitschaft besteht eigene Schwerpunkte zu setzen und politisch zu gestalten.